

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 45.

vom 19. Dezember 2008
Redaktion: Katja Richardt



Bund und Europa

853. Sitzung des Bundesrates.....	2
Bundesrat beschließt Einmal-Zahlung wegen hoher Energiekosten	4

Inneres

Bleiberecht für Afghanen erhöht Integrationschancen	5
---	---

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Senat für Sondervermögen Schulbau.....	6
Neuer Standort für die Hamburger Beach-Clubs	8

Soziales und Familie

Erfolgreicher Start des neuen Integrationsbeirates	9
Winternotprogramm: Missbrauch abgestellt.....	16
Staatliche Kostenübernahme der Unterkunft wird angepasst	18

Gesundheit

Drogenfreie Kindheit und Jugend	19
Gesundheitswirtschaft als Motor der Konjunktur.....	21

Umwelt

Erstmals Bio-Erdgas für öffentliche Gebäude	22
Fitnesskur für Elbe, Alster, Bille.....	23
Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn.....	25
Der NABU hat den Eisvogel zum Vogel des Jahres 2009 gewählt	26

Wissenschaft und Forschung

Hamburger Euro-FH weiter auf Erfolgskurs.....	27
Hamburg tritt Ländervereinbarung zur Förderung der Wissenschaftsakademien bei.....	28
Centrum für Angewandte Nanotechnologie erfolgreich evaluiert	29
Stadt baut HafenCity Universität selbst	30

Zur Information

Terminkalender	33
----------------------	----

Pressestelle des Senats

18. 12. 2008

853. Sitzung des Bundesrates am 19.12.2008 an der Sitzung nehmen teil: Bürgermeister Ole von Beust, sowie die Senatoren Ahlhaus und Steffen und Staatsrat Lüdemann

Neben den Rückläufern aus dem Vermittlungsausschuss werden zahlreiche Gesetze und Verordnungen in der letzten Sitzung behandelt. Die Tagesordnung umfasst 80 Punkte.

Hamburg fördert Zuwanderung und Verbleib hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte

Deutschlands Position soll im internationalen Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte gestärkt werden. Dies ist das Ziel eines entsprechenden Gesetzes, über das der Bundesrat am Freitag entscheidet und das von Hamburg unterstützt wird. Danach soll die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Hochqualifizierte auf die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung in Höhe von derzeit 63.600 € gesenkt werden. In Deutschland lebende Ausländer und Ausländerinnen erhalten einen neuen, sicheren Aufenthaltsstatus, wenn bestimmte berufliche Qualifikationen nachgewiesen werden können. Nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses soll zudem die Mindestinvestitionssumme ausländischer Existenzgründer von 500.000 € auf 250.000 € gesenkt werden.

Der Bevollmächtigte beim Bund, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann: „Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag, den Mangel an Fachkräften in Deutschland zu verringern und damit Wachstumspotentiale zu nutzen. Jungen innovativen Fachkräften, vor allem kürzlich graduierten Hochschulabsolventen, wird durch das Gesetz die Möglichkeit eröffnet, in Deutschland zu arbeiten. Dies soll selbstverständlich nicht auf Kosten der Beschäftigungsmöglichkeiten einheimischer Arbeitnehmer gehen, sondern sich auf die Segmente im Arbeitsmarkt konzentrieren, in denen Bedarfslücken bestehen. Die Absenkung der Mindestinvestitionssumme für ausländische Existenzgründer stärkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands und schafft neue Arbeitsplätze.“

Hamburg fordert Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Bundesdienstrecht

Der Senat will erreichen, dass Bundesbeamtinnen und -beamten, die in eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, nicht durch das Dienstrecht gegenüber Eheleuten benachteiligt werden. Deshalb stellt Hamburg in der Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 2008

einen Entschließungsantrag zum Bundesdienstrecht. Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, Benachteiligungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber Eheleuten zu beenden. Lebenspartnern werden nach geltendem Recht unter anderem die Leistungen der Hinterbliebenenversorgung, die Beihilfe im Krankheits- und Pflegefall sowie der Familienzuschlag vorenthalten. Neben Bundesbeamtinnen und –beamten, sind Richterinnen und Richtern sowie Soldatinnen und Soldaten in eingetragener Lebenspartnerschaft davon betroffen. Bei der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sind Lebenspartnerschaften bereits gleichgestellt worden.

Hamburg unterstützt Wohngeldreform

Am 19. Dezember 2008 behandelt der Bundesrat nochmals die Wohngeldreform 2009. Wohngeldempfänger sollen **für 2008** eine Einmalzahlung erhalten. Für eine Person beträgt sie 100 Euro, für zwei Personen 130 Euro. Außerdem harmonisiert die Reform den Bezug von Wohngeld und anderen staatlichen Leistungen. Wer beispielsweise von Arbeitslosengeld II zu Wohngeld wechselt, braucht beim Übergang keine Zahlungsunterbrechung zu befürchten.

Der Bevollmächtigte beim Bund, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann: „Viele Hamburger Haushalte werden davon profitieren. Von den gestiegenen Heizkosten sind gerade einkommensschwächere Haushalte besonders betroffen. Durch die Wohngeldreform, die den Kreis der Empfänger vergrößert und die Sätze erhöht, werden sie spürbar entlastet.“

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer
Koordinierung Bundesrat,
Presse
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 0 30 – 2 06 46-109
www.landesvertretung.hamburg.de

19. Dezember 2008/bsu19

100 Euro für Wohngeld-Empfänger

Bundesrat beschließt Einmal-Zahlung wegen hoher Energiekosten

Rund 21.000 Hamburger können mit einer einmaligen zusätzlichen Wohngeldzahlung rechnen. Das geht aus einer Entscheidung hervor, die der Bundesrat heute mit den Stimmen Hamburgs in Berlin getroffen hat. Ein-Personen-Haushalte erhalten einmalig 100 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 130 Euro. Durch jede weitere Person im Haushalt erhöht sich die Einmalzahlung um 25 Euro. Grund für die Einmalzahlung sind die gestiegenen Energiekosten. Wer zwischen dem 1. Oktober 2008 und 31. März 2009 mindestens einen Monat Wohngeld erhielt oder erhalten wird, hat Anrecht auf die Einmalzahlung. Ein gesonderter Antrag muss nicht gestellt werden, die Überweisung erfolgt automatisch. Der Auszahlungstermin steht noch nicht fest.

Die Einmalzahlung ist Teil der bereits im Sommer vom Bundesrat beschlossenen Wohngeldnovelle 2009, die am 1. Januar 2009 in Kraft tritt und erstmals seit 2001 die Wohngeldleistung den gestiegenen Wohnkosten anpasst. Demnach werden die Höhe der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung (Miethöchstbeträge) um zehn Prozent und die Wohngeld-Tabellenwerte um 8 Prozent angehoben. Neu ist ebenfalls, dass ab dem 1. Januar 2009 die Heizkosten erstmalig in die Berechnung des Wohngeldes mit einfließen. Die so genannte Heizkostenkomponente beträgt pauschal 50 Cent pro Quadratmeter/Richtfläche. Damit soll dauerhaft den gestiegenen Heiz- und Energiekosten Rechnung getragen werden.

Nähere Informationen über die Wohngeldnovelle 2009 sind online: www.hamburg.de/wohngeldrechner
. Der seit September 2008 installierte Wohngeldrechner wurde bereits Anfang dieses Monats auf das neue Recht umgestellt.

Für Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Pressestelle -
Tel.: 040 / 428 40 -3063 od -3249 od. -2058

15. Dezember 2008/bfi15

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Bleiberecht für Afghanen erhöht Integrationschancen“

Innensenator Christoph Ahlhaus hat am Montag mitgeteilt, dass afghanischen Staatsangehörigen, die sich seit mehr als 18 Monaten im geduldeten Aufenthalt befinden, Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Innensenator Ahlhaus: „Mit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen werden die Integrationschancen – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – und die aufenthaltsrechtliche Situation deutlich verbessert. Ich erwarte im Gegenzug aber auch, dass sich die betroffenen Afghanen in unsere Gesellschaft integrieren, die deutsche Sprache lernen, um Arbeit bemühen und unsere Gesetze beachten.“ Ausgenommen von dieser Regelung sind Straftäter und Terrorismusverdächtige. Anträge können beim Einwohner-Zentralamt ab Januar 2009 gestellt werden.

Grundlage für diese Bleiberechtsentscheidung ist die Tatsache, dass eine Ausreise nach Afghanistan gegenwärtig nicht zumutbar möglich ist und auch in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird. Nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes wird die Aufenthaltserlaubnis zunächst für sechs Monate erteilt und danach entsprechend verlängert. Damit erhalten auch diejenigen Afghanen ein Bleiberecht, die nicht unter die bisherigen Bleiberechtsregelungen gefallen sind, weil die zeitlichen Voraussetzungen eines achtjährigen Aufenthalts bei Alleinstehenden bzw. sechsjährigen Aufenthalts bei Familien nicht erfüllt waren.

Die Innenministerkonferenz hatte sich mehrfach – zuletzt im November 2006 – der Problematik der langfristig Geduldeten angenommen und Bleiberechtsregelungen für bestimmte ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige beschlossen, durch die insbesondere afghanische Staatsangehörige begünstigt wurden. Im August 2007 folgte eine weitere - gesetzliche - Altfallregelung für langfristig Geduldete.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase, Tel. 040-42839-2673, E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Thomas Butter, Tel. 040-42839-2678, E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Fax: 040 – 42839-2797; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

19. Dezember 2008/bsb16

Senat für Sondervermögen Schulbau

Bildungssenatorin Goetsch: „Optimale Lösung für Sanierung der Schulen“

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich für die Gründung eines Sondervermögens im Schulbau ausgesprochen und die Bildungs- sowie Finanzbehörde mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs in der ersten Jahreshälfte 2009 beauftragt. „Das Sondervermögen wäre die optimale Lösung, um den seit Jahrzehnten gewachsenen Sanierungsstau zu beheben“, sagte die Senatorin für Schule und Berufsbildung Christa Goetsch nach der Senatssitzung am Dienstag. „Unser Ziel ist die zügige Sanierung der Hamburger Schulen innerhalb der nächsten Jahre“. Über die Bildung eines Sondervermögens beschließt im kommenden Jahr die Bürgerschaft.

Das Personal der Schulbauabteilung der Bildungsbehörde, die für den Schulbau tätigen Hochbaudienststellen der Stadtentwicklungsbehörde und die an den Schulen tätigen Betriebsarbeiter, Reinigungskräfte und Bewacher sollen an das Sondervermögen versetzt werden. Die derzeit an den Schulen tätigen Schulhausmeister und ihre mitwirkenden Ehepartner/innen bleiben bei der Bildungsbehörde, die Schulleitungen bleiben Dienstvorgesetzte. Die Schulhausmeister erledigen die Bauunterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufgaben für das Sondervermögen.

Der Systemwechsel im Schulbau bedeutet eine Intensivierung und Verstetigung der staatlichen Bautätigkeiten im Schulbereich. Davon werden insbesondere mittelständische Firmen aus Hamburg und der Metropolregion profitieren. Mit der besonderen Betonung energetischer Belange im Rahmen der Sanierung wird ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt.

Hintergrund dieser grundlegenden Reform des Schulbaus ist der über Jahrzehnte entstandene Sanierungsstau an den staatlichen Schulen mit einem Gesamtvolumen von gut drei Milliarden Euro. Die nicht beseitigten Schäden haben zur Folge, dass das Schadensvolumen jährlich im Durchschnitt um weitere sechs Prozent, also rund 180 Millionen Euro steigt. Die Sanierung aller Schulen und die Realisierung des Zubaubedarfs lassen sich im gegenwärtigen System mit den zur Verfügung stehenden investiven Haushaltsmitteln nicht decken. Darüber hinaus entspricht die bestehende Aufgabenteilung im Schulbau zwischen verschiedenen Stellen nicht den Anforderungen an ein effizientes Schulbau- und Gebäudemanagement. Um den Sanierungsstau mit ständig zunehmenden Schäden zu beheben, sollen die Schulimmobilien in einem Zeitraum von 15 Jahren saniert werden. In diesem Zeitraum sollen auch die Zubaubedarfe realisiert werden. Dadurch wird das Lernumfeld für die Schülerinnen und Schüler deutlich verbessert.

Das Sondervermögen wird Teil der städtischen Verwaltung sein. Zur Konzentration der immobilienwirtschaftlichen Kompetenz der Stadt und zur Bildung eines transparenten Vermieter-Mieter-Verhältnisses soll das Sondervermögen unter der Aufsicht der Finanzbehörde stehen. Die Finanzbehörde wird in engem Zusammenwirken mit der Bildungsbehörde für die Steuerung verantwortlich sein. Das Sondervermögen wird die Schulimmobilien kostendeckend an die Schulbehörde vermieten. Sämtliche Schulimmobilien sollen aus dem Verwaltungsvermögen der Bildungsbehörde in das Sondervermögen eingebracht werden. Das Sondervermögen soll die Eigentümeraufgaben wahrnehmen, für Investitionen und Bauunterhaltung, für An- und Vermietungen von Immobilien und für die Bewirtschaftung zuständig sein sowie die Belange eines geordneten Schulbetriebs unterstützen.

Zur Deckung dringender Investitionsbedarfe bereitet die Bildungsbehörde derzeit zwei Tranchen vor, in denen Bau und Bewirtschaftung jeweils einem Partner übertragen werden sollen. Zum einen bereitet sie die Vergabe einer Tranche von 14 beruflichen Schulen vor. Das Ausschreibungsverfahren, an dem sich öffentliche und private Unternehmen beteiligen können, soll Anfang nächsten Jahres beginnen. Zum anderen plant die Bildungsbehörde die Vergabe einer Tranche von rund 20 allgemeinbildenden Schulen an einen öffentlichen Partner. Darüber hinaus wird die Bildungsbehörde das Modell Hamburg Süd, die bestehende Partnerschaft mit der stadteigenen GWG Gewerbe (ÖÖP) über Bau und Bewirtschaftung von 32 Schulen im Süden Hamburgs, um fünf Schulen erweitern. Das Sondervermögen wird nach seiner Gründung in die Auftraggeberposition eintreten. Mit diesem Bauprogramm für die staatlichen Schulen setzt der Senat auch ein Zeichen in der aktuellen wirtschaftlichen Lage.

Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel
Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31 - 22083 Hamburg
T: (040) 42863-2003, F: (040) 42 79 78-999, M: 0172-4247071
E: Annegret.Witt-Barthel@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive: www.hamburg.de/schulreform

17. Dezember 2008/bsu17a

Neuer Standort für die Hamburger Beach-Clubs

Die Beach-Clubs sind aus dem Hamburger Stadtleben nicht mehr wegzudenken. Daher sucht die Stadt derzeit nach einem Alternativ-Standort. Neben Altona verfügt Hamburg-Mitte über geeignete Flächen; der Bezirk Hamburg-Mitte hatte sich angeboten, eine Lösung zu finden. Deshalb hatten Bezirksamtsleiter Markus Schreiber sowie der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Dr. Stephan Hugo Winters, heute zu einem ersten Gespräch geladen.

Gemeinsam mit den Betreibern der drei Altonaer Clubs, Vertretern der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, des Bezirksamtes Hamburg-Mitte und der Finanzbehörde wurde ein möglicher Alternativstandort auf einer städtischen Fläche zwischen dem bereits bestehenden Beach-Club „Strand Pauli“ und dem Fischmarkt erörtert.

Nach einhelliger Meinung aller Teilnehmer handelte es sich dabei um ein außerordentlich konstruktives Gespräch. Jetzt sind noch einige Themen wie Lärmschutz und die Stellplatzfrage zu klären.

Staatsrat Winters hob im Anschluss an das Gespräch hervor: „Die Beach-Clubs sind ein tolles Angebot für Hamburg als Stadt am Fluss. Wir setzen daher dafür ein, dass die Beach-Clubs auch für den kommenden Sommer einen guten Standort in Hamburg erhalten werden. Wir werden den Bezirksamt Hamburg-Mitte der weiteren Konkretisierung der Planungen unterstützen.“

Dazu Bezirksamtsleiter Markus Schreiber: „Alle arbeiten in die gleiche Richtung und ich bin äußerst zuversichtlich, dass die drei Clubs pünktlich zum Saisonbeginn 2009 eine neue Heimat in Hamburg-Mitte finden können.“

Für Rückfragen:

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Sorina Weiland, Tel. : 040 – 428 54 2877
oder
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pressestelle, Tel.: 428 40 -3063

16. Dezember 2008/bsg16

Erfolgreicher Start des neuen Integrationsbeirates

Gestern fand die erste Sitzung des Gremiums für die 19. Legislatur statt

Der neue Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode hat seine Arbeit aufgenommen: Am gestrigen Abend fand unter dem Vorsitz von Dietrich Wersich, Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die konstituierende Sitzung des Gremiums statt. Senator Wersich: „Die Integration von Zuwanderern ist eine der wichtigsten Schlüsselaufgaben unserer Zeit. Mit dem Integrationsbeirat haben wir ein Forum der Beratung und des Austausches zu integrationspolitischen Themen geschaffen, in dem Hamburgerinnen und Hamburger aus allen Lebensbereichen mit und ohne Migrationshintergrund mitwirken. Unser Ziel ist es, das friedliche und fruchtbare Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen in unserer Stadt weiter zu fördern und voranzubringen, angefangen vom Arbeitsmarkt über Bildung bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement. Ich bin mir sicher, dass der Integrationsbeirat hierbei Begleiter und Wegbereiter sein wird.“

Der Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode unter Vorsitz von Sozialsenator Dietrich Wersich umfasst weitere 61 Mitglieder (Anlage), die sich zusammensetzen aus:

- erstmalig von Migrantenorganisationen gewählten Personen mit eigenem Migrationshintergrund (19 Personen);
- 42 Vertretern diverser Handlungsfelder (u. a. Politik, Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Kultur), die vom Präses der Sozialbehörde berufen worden sind (neuerdings u. a. auch aus den Bereichen Medien, Flüchtlingshilfe und Muslimische Gemeinden).

Außerdem wirken elf assoziierte Mitglieder von Fachbehörden und der sieben Bezirksverwaltungen mit.

Senator Wersich beglückwünschte die gewählten Mitglieder zu ihrer Wahl und bedankte sich bei allen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, die Integrationsförderung in der Stadt durch ihre ehrenamtliche Mitwirkung im Beirat weiter voranzubringen. In einem Ausblick auf die integrationspolitischen Herausforderungen, mit denen sich der Beirat befassen wird, hob der Senator die weitere Umsetzung des Hamburger Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergebenden Aufgaben sowie die Selbstverpflichtungen der Länder im Zusammenhang mit dem Nationalen Integrationsplan hervor.

Nach einer Vorstellung der einzelnen Mitglieder und einem Austausch über Erwartungen hat sich der Beirat über Grundlagen und Arbeitsweisen als vielfältiges und beratendes Gremium verständigt. Demnach sollen künftig neben Plenumssitzungen sogenannte Themenforen zu folgenden Themenkomplexen stattfinden:

- Gleichberechtigte Teilhabe
(u.a. interkultureller Dialog in der Bevölkerung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit den Medien, Förderung der Einbürgerung, Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus)
- Bildung, Ausbildung, Arbeit
(u.a. Verbesserung der Bildungschancen, Sprachförderung, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Verbesserung der Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung, Selbständigkeit)
- Zusammenleben in der Stadt
(u. a. Wohnen und Stadtteilentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Sport, Kultur, Religion, Soziale Integration durch Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Gesundheitsprävention, Angebote für ältere Zuwanderer)

Die Themenforen werden vom Vorsitzenden des Integrationsbeirates, Senator Dietrich Wersich, und Dr. Michael Voges, Staatsrat der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, geleitet. Sie dienen dem intensiven und lebendigen Diskurs zu bestimmten integrationspolitischen Fragestellungen. Im Bedarfsfall sollen die Themenforen durch Arbeitsgruppen ergänzt werden.

Die ersten Themenforen werden bereits im Januar und Februar 2009 stattfinden, die nächste Plenumssitzung ist für März 2009 geplant.

Weitere Informationen über den Integrationsbeirat gibt es im Internet unter der Adresse www.hamburg.de/integrationsbeirat.

Fotomaterial zum Integrationsbeirat kann bei der Pressestelle der BSG (Kontakt siehe unten) angefordert werden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Mitglieder des Hamburger Integrationsbeirats für die 19. Legislaturperiode

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand:15.12.2008)

Anrede	Name	Vorname	Institution bzw. Region/ Kategorie
Herr	Abaci	Kazim	Unternehmer ohne Grenzen e.V.
Frau	Abe	Anne	Landesjugendring Hamburg e.V.
Frau	Al-Asiri	Mahasen	gewählt für die Region Asien
Herr	Becker	Peter	Handwerkskammer Hamburg
Frau	Behrens	Carmen	gewählt für die Region EU
Herr	Bogdol	Detlef	Bogdol GmbH
Herr	Bösenberg	Thomas	team.arbeit.hamburg (ARGE)
Frau	Brasch	Gabi	Diakonisches Werk Hamburg
Herr Dr.	Busse	Wolfgang	KISS Hamburg c/o Der PARITÄTische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V
Herr	Can	Abut	gewählt für die Region Türkei
Herr	Ciftlik	Bülent	SPD-Bürgerschaftsfraktion
Frau Dr.	Chowaniec	Elisabeth	Nordelbische Ev.-Luth. Kirche
Herr	Däullary	Joseph	Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge
Frau	El-Cherkeh	Tanja	Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut
Frau	Eralp	Hülya	Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e.V.
Herr	Ercan	Nihat	Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. (TGH)

Anrede	Name	Vorname	Institution bzw. Region/ Kategorie
Herr	Fehrmann	Jürgen	Landessenorenbeirat
Frau	Fietz	Yvonne	STADTKULTUR Hamburg e.V.
Herr	Fröhlich	Michael Thomas	Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.
Frau	Gerlich	Sylvaina	gewählt für die Region Afrika
Herr	Gotha	Claus	Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V.
Frau	Güçlü	Nebahat	GAL-Bürgerschaftsfraktion
Herr	Haufler	Nikolaus	gewählt für die Kategorie Spätaussiedler
Herr	Hinrichs	Uwe	Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Hamburg e.V.
Herr	Hoppenstedt	Willi	SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg
Frau	Kaesbach	Martina	FDP Altona
Herr	Karrasch	Stefan	Hamburger Sportjugend im HSB
Herr Dr.	Khalifa	Mohammed	gewählt für die Region Afrika
Frau	Kilian	Jana	Hansa-Baugenossenschaft
Herr	Kiolbassa	Jörg	gewählt für die Region EU
Herr	Krone	Gottlieb	gewählt für die Kategorie Spätaussiedler
Frau	Kuchenbecker	Liubov	gewählt für die Region Europa (ohne EU)
Frau	Kühn	Latifa	gewählt für die Region Asien
Herr	Laschinski	Peter	Caritasverband für Hamburg e.V.

Anrede	Name	Vorname	Institution bzw. Region/ Kategorie
Herr	Lewicki	Roman	gewählt für die Region EU
Frau	Machaczek	Bettina	CDU-Bürgerschaftsfraktion
Frau	Nas	Özlem	Schura e.V.
Herr Dott.	Neri	Matteo	gewählt für die Region EU
Herr	Orhan	Cengiz	gewählt für die Region Türkei
Frau	Özkan	Aygül	Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V. c/o Handelskammer Hamburg
Frau	Pettit	Kaisarina	gewählt für die Region Ozeanien
Herr	Ploß	Günter	Hamburger Sportbund e.V. (HSB)
Frau	Pourkian	Hourvash	gewählt für die Region Asien
Frau	Robinson	Victoria B.	gewählt für die Region Amerika
Herr	Rusani	Vullnet	gewählt für die Region Europa (ohne EU)
Frau	Schmidt	Lilli	gewählt für die Kategorie Spätaussiedler
Frau	Schnoor	Marlene	Hamburger Volkshochschule
Herr	Steil	Rolf	Agentur für Arbeit Hamburg
Herr	Tatar	Ejdar	Alevitische Gemeinde Hamburg e.V.
Frau von	Rantzau	Annette	Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Hamburg e.V.
Herr	Wahser	Richard	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Hamburg

Anrede	Name	Vorname	Institution bzw. Region/ Kategorie
Frau	Wehowsky	Susanne	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft zur Gesundheitsförderung e.V.
Herr	Wersich	Dietrich	Senator und Vorsitzender des Integrationsbeirates
Herr	Wietbrok	Wolfgang	Nordeutsche Affinerie AG
Herr	Wöhlke	Cord	Iwan Budnikowsky GmbH & Co KG
Herr	Yazici	Ahmet	gewählt für die Region Türkei
Herr	Yildiz	Mehmet	Bürgerschaftsfraktion Die Linke.Hamburg
Herr	Yilmaz	Hüseyin	Deutscher Gewerkschaftsbund
Frau Prof. Dr.	Breckner	Ingrid	HafenCity Universität Hamburg
	noch nicht namentlich		Handelskammer Hamburg
	noch nicht namentlich		Norddeutscher Rundfunk (NDR)
	noch nicht namentlich		Jüdische Gemeinde

Die assoziierten Mitglieder sind:

Anrede	Name	Vorname	Institution bzw. Region/ Kategorie
Frau	Büchel	Helga	Behörde für Schule und Berufsbildung
Herr	Klussmann	Jörg	Behörde für Inneres
Herr	König	Michael	Bezirksamt Eimsbüttel
Herr	Laugell	Eric	Bezirksamt Altona
Herr	Nebel	Hans-Werner	Bezirksamt Hamburg-Nord
Frau	Nische	Yvonne	Bezirksamt Hamburg-Mitte
Herr	Proksch	Bernhard	Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Herr	Reinberg	Holger	Bezirksamt Harburg
Herr	Siewert	Wolfgang	Justizbehörde
Frau	Sterra	Angelika	Bezirksamt Wandsbek
	noch nicht namentlich		Bezirksamt Bergedorf

16. Dezember 2008/bsg16a

Winternotprogramm: Missbrauch abgestellt

Senator Wersich äußert sich anlässlich seines Besuches im „Cafée mit Herz“ über die aktuelle Entwicklung

Nachdem es Hinweise auf den Missbrauch des Winternotprogramms durch Menschen insbesondere aus Osteuropa gab, die sich offensichtlich zu Gast in Deutschland aufhalten oder sich hier auf Arbeitssuche befinden, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Maßnahmen ergriffen. Mit Erfolg: Das Winternotprogramm ist nun ausschließlich wieder den Menschen vorbehalten, für die es gedacht ist – den obdachlosen Frauen und Männern aus Hamburg.

Heute wird Sozialsenator Dietrich Wersich an der Weihnachtsfeier der Tagesaufenthaltsstätte für obdachlose Menschen „Cafée mit Herz“ teilnehmen. Anlässlich seines Besuches sagt er: „Für viele obdachlose Menschen in Hamburg ist das Winternotprogramm – ebenso wie das Cafée mit Herz‘ und vergleichbare Einrichtungen – eine wichtige Anlaufstelle in ihrem schwierigen Alltag. Umso wütender war ich, als ich erfuhr, dass das Angebot in diesem Jahr von jungen Männern vornehmlich aus Osteuropa missbraucht wird und dadurch Hamburger Obdachlose aus dem Winternotprogramm gedrängt werden. Das konnten und haben wir nicht zugelassen und Maßnahmen ergriffen, damit das Winternotprogramm auch künftig ausschließlich Hamburger Obdachlosen zur Verfügung steht.“

Zum Hintergrund und den ergriffenen Maßnahmen: Das Winternotprogramm mit seinen rund 200 zusätzlichen Schlafplätzen für obdachlose Menschen ist seit vielen Jahren ein bewährtes Angebot, das obdachlose Menschen in Hamburg vor dem Erfrierungstod schützt. Auch entwickeln obdachlose Frauen und Männer, die sonst keine oder kaum Hilfen in Anspruch nehmen, im Rahmen des Angebotes Perspektiven für sich, lassen sich beraten und kehren oftmals nicht in die Obdachlosigkeit zurück. In den ersten Wochen des diesjährigen Winternotprogramms wurde deutlich, dass neben der Zielgruppe des Winternotprogramms auch Menschen insbesondere aus Osteuropa, die sich offensichtlich erst seit kurzer Zeit in Hamburg aufhalten, das Winternotprogramm in Anspruch nehmen – vor allem in der Übernachtungsstätte Sportallee. Das Angebot richtet sich jedoch auch bei fehlender Unterkunft nicht an Menschen, die aus dem Ausland zum Beispiel zur Arbeitssuche oder als Tourist nach Hamburg kommen.

Vor diesem Hintergrund hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Maßnahmen umgesetzt, die sicherstellen, dass das Winternotprogramm

auch weiterhin obdachlosen Menschen in Hamburg vorbehalten bleibt und Personen, die nicht zur Zielgruppe gehören, anderweitige Unterstützung angeboten wird. Zu den Maßnahmen zählen:

- Personen, die offensichtlich nicht zur Zielgruppe des Winternotprogramms gehören, werden an die regulären Notübernachtungsstätten der Stadt verwiesen. Der Aufenthalt in den Notübernachtungsstätten ist auf eine Nacht befristet. Im Weiteren können die Personen preiswerte, gewerbliche Übernachtungsmöglichkeiten nutzen.
- Außerdem können die Personen die Unterstützung des jeweils zuständigen Konsulats hinsichtlich der Rückreise ins Herkunftsland in Anspruch nehmen. Die Konsulate wurden über die Situation informiert und haben ihre Unterstützung zugesagt.

Die Maßnahmen wurden erstmalig am vergangenen Donnerstag umgesetzt. Am Donnerstagabend wurden in der Sportallee 18 Personen an die regulären Notunterkünfte verwiesen. Nach den Erfahrungen der letzten Tage wenden sich diese Menschen inzwischen nicht mehr an das Winternotprogramm, sondern z.B. direkt an die Notunterkünfte.

Weitere Informationen zum Winternotprogramm, welches die Sozialbehörde mit 400.000 Euro fördert, gibt es unter www.hamburg.de/obdachlosigkeit im Internet./

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

17. Dezember 2008/bsg17

Staatliche Kostenübernahme der Unterkunft wird angepasst

Neue Miethöchstwerte gemäß Mietenspiegel 2007 beschlossen

Zum 1. Januar 2009 treten die neuen Miethöchstwerte für Arbeitslosengeld II- und Sozialhilfebezieher in Kraft. Die Höchstwerte sind an den aktuellen Mietenspiegel von 2007 angepasst worden. Sozialsenator Dietrich Wersich: „Mit der Anpassung der Miethöchstwerte stellen wir sicher, dass sich die Entwicklungen am Wohnungsmarkt auch in den Höchstwerten für Transferleistungsbezieher widerspiegeln.“ Es handelt sich um ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, welches nun umgesetzt wird.

Bei Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte ergibt sich durch die Aktualisierung eine leichte Anhebung der Höchstwerte in den Baualtersklassen bis 1977. Bei neueren Bauten von 1978 bis 2006 ist laut Mietenspiegel 2007 eine Absenkung der Mieten zu verzeichnen. Im Detail sind die neuen Miethöchstwerte (gestaffelt nach Baualtersklassen und Familiengröße) unter <http://www.hamburg.de/infoline/aktuelles/126366/start.html> einzusehen.

Infolge der Aktualisierung der Miethöchstwerte geht die Sozialbehörde von jährlichen Mehraufwendungen von bis zu 4 Mio. Euro aus. Ergibt sich aus der Anpassung an den Mietenspiegel in Einzelfällen für eine Baualtersklasse eine Absenkung des Höchstbetrages, wird diese nur bei Neuvermietung oder bei Neufällen berücksichtigt. Auch erfolgt keine Aufforderung zur Kostensenkung, sofern einer Miete auf Grundlage des bisherigen Mietenspiegels bereits zugestimmt wurde.

Zum Hintergrund: Derzeit übernimmt die Sozialbehörde von rund 220.000 Menschen im SGB II- und SGB XII-Leistungsbezug die Kosten für Miete und Heizung, dies entspricht rund 130.000 Haushalten. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich 2008 auf rund 574 Mio. Euro. Neben Familiengrößen und Baualtersklassen berücksichtigen die Miethöchstwerte auch besondere Lebenssituationen der Transferleistungsempfänger.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

15. Dezember 2008/bsg15



Büro für Suchtprävention

Drogenfreie Kindheit und Jugend

Zweiter Bericht zu Konzepten, Struktur und Projekten der Suchtprävention vorgelegt

Gemeinsam mit dem Büro für Suchtprävention und anderen Beteiligten hat Gesundheits-senator Dietrich Wersich heute den im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) erstellten Bericht zur Suchtprävention in Hamburg vorgestellt. Die aktuelle Ausgabe bietet Einblicke in das Aufgabengebiet und das breit gefächerte Angebotsspektrum in diesem Bereich für die Jahre 2006 bis 2008.

Im Mittelpunkt dieses zweiten Hamburger Berichtes zur Suchtprävention stehen ausgewählte Praxisprojekte, die beispielhaft sind für Maßnahmen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Suchtvorbeugung wie Jugendarbeit, Schule, Familie, Arbeitswelt, Freizeit, Stadtteil, Internet und Öffentlichkeitsarbeit. Vor dem Hintergrund des Konzeptes „Drogenfreie Kindheit und Jugend“, das der Senat Ende 2005 vorgelegt hatte, sind neue Wege eingeschlagen worden, um den Trend zu immer mehr und immer früherem Konsum zu stoppen und möglichst umzukehren. Der erste Bericht zur Suchtprävention war 2003 erschienen.

„In Hamburg gibt es zahlreiche Angebot zur Prävention und Frühintervention des Suchtmittelkonsums und –missbrauchs bei Kindern und Jugendlichen“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Der vorliegende Bericht kann zwar nur einen Ausschnitt darstellen, er macht aber den Facettenreichtum der Angebote deutlich. Mit dem Konzept Drogenfreie Kindheit und Jugend ist Bewegung in die Hamburger Suchtprävention gekommen, wir sind auf einem guten Weg. Wir brauchen eine Kultur des Hinschauens und vernünftiger Reaktionen auf unerwünschte und gefährdende Verhaltensweisen. Zusammen mit dem Ergebnis der letzten SCHULBUS-Studie über den Rauschmittelkonsum ist endlich eine Trendumkehr zu weniger Drogen erkennbar. Das bestätigt unsere Arbeit, zeigt aber auch, dass wir in Hinblick auf unser Ziel der drogenfreien Kindheit nicht nachlassen dürfen.“

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Bericht dem Bereich Forschung und Evaluation: Das Deutsche Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters, eine neue Forschungseinrichtung, wird vorgestellt; ein Projekt zur indizierten Alkoholprävention – Hart am Limit – präsentiert sich und die Ergebnisse der Evaluation eines Pilotprojektes zur

Tabakprävention für Mädchen werden zusammengefasst. Ein Beitrag zu qualitativen Ansätzen in der Sucht- und Drogenforschung liefert den theoretischen Rahmen zu diesem Themenkomplex. Ausführungen zur Ausgangslage, Struktur und Koordination der Suchtprävention sowie ein Ausblick auf die Folgejahre runden den Bericht ab.

„Suchtprävention in Hamburg - Konzept, Struktur und Projekte“ wurde erstellt unter der Federführung des Büros für Suchtprävention (BfS) der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfrage e.V. in Kooperation mit dem [SuchtPräventionsZentrum \(SPZ\)](#) des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung der Behörde für Schule und Berufsbildung, dem [Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung \(ZIS\)](#) an der Universität Hamburg sowie dem Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters des Universitätsklinikums Eppendorf (DZSKJ) und von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG), Amt für Familie, gefördert.

Der Bericht ist ab sofort im Büro für Suchtprävention, Repsoldstraße 4, 20097 Hamburg, erhältlich oder kann dort gegen Übernahme der Versandkosten bestellt werden.

Für Rückfragen der Medien:

Theo Baumgärtner
Leiter des Büros für Suchtprävention
Tel.: (040) 284 99 18 - 0, Fax (040) 284 99 18 - 19
E-Mail: baumgaertner@suchthh.de , Internet: www.suchthh.de

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

19. Dezember 2008/bsg19

Gesundheitswirtschaft als Motor der Konjunktur **Investitionen in Krankenhäuser sichern Arbeitsplätze in Hamburg**

Der Hamburger Senat hat gestern sein Programm zur Stärkung der Konjunktur bekannt gegeben. Einen besonderen Anteil darin haben auch Investitionen in der Gesundheitswirtschaft. Diese zählen sich für Hamburg in mehrfacher Hinsicht aus.

„Wir haben in Hamburg eine florierende Gesundheitswirtschaft, die zu Recht längst nicht mehr nur als Kostenfaktor gesehen wird“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Krankenhäuser, Gesundheitskassen, Unternehmen der Medizinbranche und andere Firmen in diesem Bereich sichern die Arbeitsplätze für rund 100.000 Menschen. Von der Gesundheitswirtschaft gehen für die gesamte Konjunktur wichtige Impulse aus. Diese werden wir, z.B. mit unseren bundesweit höchsten Krankenhausinvestitionen pro Einwohner, auch in Zukunft sicherstellen.“

Kurzfristig gehen von Investitionen in die Gesundheitswirtschaft Wachstums- und Beschäftigungseffekte vor allem in den Bereichen Planungs- und Ingenieurwesen, Bauwirtschaft/ Handwerk und medizintechnische Ausstattung aus. Mittel- und langfristig wird durch Investitionen im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft - der stationären Versorgung - ein strategisch bedeutendes Wachstumsfeld in Hamburg gestärkt. Von diesem Kernbereich strahlen Wachstums- und Beschäftigungseffekte für nahezu alle Bereiche der Gesundheitswirtschaft aus. Hinzu kommen die Beschäftigungseffekte in den Versorgungseinrichtungen selbst.

Gesundheitssenator Wersich: „Die in der Gesundheitswirtschaft in Hamburg geschaffenen Arbeitsplätze sind besonders nachhaltig, weil sie standortgebunden und damit globalisierungsfest sind. Zudem stellen die Krankenhäuser einen bedeutenden Arbeitsmarkt für Frauen dar.“

Im Konjunkturprogramm wurde u.a. festgelegt, dass Mittel für Krankenhausinvestitionen, die erst für 2010 geplant waren, bereits für 2009 vorgezogen werden und dadurch für die Unternehmen bzw. die Krankenhäuser Planungssicherheit hergestellt wird.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

16. Dezember 2008/bsu16

Erstmals Bio-Erdgas für öffentliche Gebäude

Hamburg schreibt Gasliefer-Vertrag europaweit mit Klimaschutz-Klausel aus

Der Senat hat heute beschlossen, den laufenden Gasliefervertrag mit E.ON Hanse für alle öffentlichen Gebäude der Stadt zum Ende des nächsten Jahres zu kündigen und den Gasbezug in einem europaweiten öffentlichen Verfahren neu auszuschreiben. Der neue Vertrag gilt vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2012, also drei Jahre. Als Beitrag zum Klimaschutz will die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) dabei möglichst viel Bioerdgas beziehen. Bioerdgas ist auf Erdgasqualität aufbereitetes Biogas. Biogas wiederum entsteht bei der Vergasung (Fermentation) von Biomasse (Mais, Holzabfälle, Gülle usw.). Bioerdgas kann somit den fossilen Energieträger Erdgas teilweise ersetzen.

Bioerdgas steht bisher nur in geringen frei verfügbaren Mengen auf dem Gasmarkt bereit. Daher rechnet die BSU für das dritte Vertragsjahr 2012 zunächst nur mit einer Mindestmenge von 6 Mio. kWh Bioerdgas. Durch die ausdrückliche Nachfrage nach Bioerdgas will Hamburg aber ein Signal an den Markt geben und den Ausbau entsprechender Erzeugungsanlagen unterstützen.

Mit der Ausschreibung in einem Wettbewerbsverfahren soll auch die Liberalisierung des Gasmarktes vorangebracht werden. Die BSU erwartet, dass sich im Wettbewerb für einen Großkunden wie Hamburg günstigere Konditionen erzielen lassen.

Der geschätzte Auftragswert bei einem Gesamtverbrauch von ca. 600 Mio. kWh pro Jahr für rund 2.200 Abnahmestellen beläuft sich nach heutigem Gaspreis auf ca. 41 Mio. Euro pro Jahr. Davon zahlt Hamburg 30 Mio. Euro, die restlichen 11 Mio. zahlen Anstalten des öffentlichen Rechts wie Museen, Stiftungen usw.

Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung und Umwelt,
Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058,

volker.dumann@bsu.hamburg.de

16. Dezember 2008 /bsu16a

Fitnesskur für Elbe, Alster, Bille

Bewirtschaftungspläne der EG-Wasserrahmenrichtlinie liegen aus

Seit Ende 2000 gilt die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der Europäischen Union. Danach dürfen die Mitgliedsländer ihre Flüsse bei der Bewirtschaftung nicht mehr als isolierte Gewässer betrachten, sondern müssen sie als Gesamtsysteme sehen: von der Quelle bis zur Mündung und vom kleinen Bach bis zum Hauptstrom. Bis Ende 2015 sollen alle Gewässer einen „guten Zustand“ erreicht haben. Wesentliche Schritte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sind bereits vollzogen: rechtliche Umsetzung, Bestandsaufnahme der Gewässer in Hamburg und die Aufstellung eines Monitoring-Programms zur Dokumentation von Veränderungen in und an ihnen. Umfassende Berichte sind für Alster, Bille, Elbe/Hafen, Moorburger Landscheide und Wedeler Au erarbeitet worden.

Bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie ist die Beteiligung der Öffentlichkeit unerlässlich. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) informiert seit Beginn der Arbeit mit der WRRL darüber im Internet (www.hamburg.de/wrrl). Außerdem sind verschiedene Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen Industrie-, Freizeit- und Naturschutzverbände sowie weitere Hamburger Dienststellen vertreten sind. Darüber hinaus hat die BSU auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen über die Vorgehensweise bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie berichtet.

Jetzt geht die Arbeit mit der Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen für die einzelnen Hamburger Gewässer (s.o.) in eine neue Etappe. Hauptziele dabei sind: Die Durchgängigkeit der Gewässer für dort lebende Fische und Kleinlebewesen wieder herzustellen und die Ufer und die Gewässersohlen so herzurichten, dass die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie fristgemäß erfüllt werden können. Das bedeutet z.B., dass neue Fischpässe gebaut oder bereits bestehende Anlagen modernisiert werden oder dass in einigen Bereichen das Gewässerbett mit Kies bedeckt wird. Dadurch können Wanderfische wieder zu ihren Laichplätzen in den Oberläufen der Gewässer gelangen und der „Lebensraum Gewässer“ wird wieder artgerecht.

Der Senat hat heute beschlossen, wiederum die Öffentlichkeit bei der Aufstellung dieser Bewirtschaftungspläne zu beteiligen. Die BSU legt vom 22. Dezember 2008 bis zum 22. Juni

2009 in ihrem Gebäude Billstraße 84 in Rothenburgsort und in den Bezirksämtern die entsprechenden Dokumente aus (s.u.). Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich durch ihre Anmerkungen und Hinweise zu den ausgelegten Plänen an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu beteiligen.

In der BSU, Billstraße 84, 2. Stock, Raum 2.100, montags bis freitags, 8-17:00 Uhr, liegen folgende Unterlagen zur Einsicht aus:

- der Entwurf des Bewirtschaftungsplans für die internationale Flussgebietseinheit Elbe,
- die Anhörungsdokumente zu den Entwürfen des Bewirtschaftungsplans und des Maßnahmenprogramms für die Flussgebietsgemeinschaft Elbe,
- der Umweltbericht gemäß § 14b des UVPG zum Entwurf des Maßnahmenprogramms gemäß Art. 11 der WRRL für die Flussgebietsgemeinschaft Elbe und
- das Anhörungsdokument zum Entwurf des Beitrags der Freien und Hansestadt Hamburg zum Entwurf des Bewirtschaftungsplans der Flussgebietsgemeinschaft Elbe.

Das Gleiche gilt für die Bezirksämter. Dort bitte die jeweiligen Öffnungszeiten beachten.

Die Dokumente sind auch auf der Internetseite der BSU unter www.hamburg.de/wrrl einzusehen. Die Bundesländer übergreifenden Dokumente stehen außerdem auf der Internetseite der Flussgebietsgemeinschaft Elbe (www.fgg-elbe.de) zur Verfügung.

Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung und Umwelt,
Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058,
volker.dumann@bsu.hamburg.de

17.12.2008/bsu17

Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn

Anwohner haben Scheck an Senatorin Anja Hajduk übergeben

An der Güterumgebungsbahn zwischen Barmbek und Hamm wird der Weg frei für Lärmschutzwände. Der Bund hatte sich nach langen Verhandlungen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Ende 2007 bereit erklärt, aktiven Lärmschutz in Form von Lärmschutzwänden zu bauen. Voraussetzung ist, dass bereits gewährte Fördergelder für passive Lärmschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel den Einbau von Schallschutzfenstern, in Höhe von 533.541 Euro an den Bund zurückgezahlt werden. Die Hälfte dieser Summe haben die Grundeigentümer jetzt aufgebracht. Die andere Hälfte wird, vorbehaltlich der Zustimmung durch Senat und Bürgerschaft, Hamburg tragen. Holger Müller von der Schiffszimmerer-Genossenschaft und Uwe Schröder von der Interessengemeinschaft Schienenlärm haben heute einen Scheck in Höhe von 266.771 Euro an Senatorin Anja Hajduk übergeben.

Senatorin Anja Hajduk: „Angesichts steigender Zugzahlen und der damit einhergehenden Belastung müssen die Anwohnerinnen und Anwohner der Güterumgebungsbahn den Lärmschutz bekommen, den sie für eine bessere Lebensqualität brauchen. Wir begrüßen das persönliche finanzielle Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner und möchten nun mit unserem Anteil dazu beitragen, dass es an der Güterumgebungsbahn zwischen Barmbek und Hamm endlich den notwendigen Lärmschutz geben wird.“

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3063 / 3249, Fax: 42840 – 3735
e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de
www.bsu.hamburg.de

Der Eisvogel – Patentier des Bezirks Bergedorf- wird Vogel des Jahres 2009

Der NABU hat den Eisvogel zum Vogel des Jahres 2009 gewählt

Im Mai 2008 fand die 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (UN Convention on Biological Diversity –CBD) in Bonn statt. Diese Konferenz sollte durch eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne des Bundes und der Länder begleitet werden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat daraufhin die Bezirksämter gebeten, jeweils ein Patentier auszuwählen und Maßnahmen zum Schutz und Erhalt dieses Tieres zu ergreifen.

Der Bezirk Bergedorf hat als Patentier den Eisvogel ausgewählt und das aus folgendem Grund: Der Erhalt naturnaher, von künstlichen Eingriffen unabhängiger Gewässerlandschaften stellt das wichtigste Kriterium für den Schutz des Eisvogels dar. Damit ist der Eisvogel ein hervorragender Indikator für den Zustand der vielfältigen Gewässerlandschaft im Bezirk mit der Gose und Dove Elbe, den vielen Bracks und der Bille. Die Vier- und Marschlande mit ihrer reichen Gewässerstruktur bieten ideale Lebensräume für den Eisvogel. Da es häufig an natürlichen Nistmöglichkeiten fehlt, sind Maßnahmen zu deren Verbesserung geplant. So wurden bereits potentielle Standorte für Nisthilfen festgelegt und künstliche Nisthilfen in Allermöhe und Neuengamme errichtet. Eine weitere Nisthilfe soll nach Aushärtung der Konstruktion aus Lehm und Kalk im Februar 2009 der Presse vorgestellt werden. **Das Bezirksamt wird dazu gesondert zu einem Fototermin einladen.**

Die künstlichen Nisthilfen müssen von Zeit zu Zeit auf Schäden kontrolliert werden. Hier beabsichtigt das Bezirksamt, Schulen anzusprechen mit dem Ziel, Patenschaften für die Nisthilfen zu übernehmen.

Otto Steigleder,
Bezirksamt Bergedorf,
Pressesprecher, 040/42891.2005

16. Dezember 2008/bwf16

Hamburger Euro-FH weiter auf Erfolgskurs

Befristete staatliche Anerkennung verlängert

Der Senat hat heute die befristete staatliche Anerkennung der Europäischen Fernhochschule Hamburg (Euro-FH) nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz bis zum 31.12.2013 verlängert. Ein entsprechender Anerkennungsbescheid wird von der Behörde für Wissenschaft und Forschung erteilt. Damit hat die Euro-FH einen weiteren Schritt zur unbefristeten Anerkennung erfolgreich gemeistert.

Die vom Klett-Verlag in Stuttgart getragene Euro-FH wurde im Jahr 2003 vom Senat erstmalig und zunächst für eine fünfjährige Probephase als private Hochschule staatlich anerkannt. Der Anerkennungsbescheid sieht eine studienbegleitende Begutachtung vor. Nach einem positiven Zwischengutachten Ende 2005 hat die Euro-FH der zuständigen Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) jetzt ein Schlussgutachten vorgelegt. Es besteht aus einem fachwissenschaftlichen Teil und einem fernstudienorganisatorischen und -didaktischen Teil. Das Gutachten kommt zu einer insgesamt positiven Bewertung der Euro-FH, so dass die staatliche Anerkennung nun verlängert werden kann.

Der Hamburger Senat hat in den letzten Jahren die Anerkennung privater Hochschulen daran geknüpft, dass sie sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt dem Akkreditierungsverfahren des Wissenschaftsrats unterziehen. Im Sinn der Qualitätssicherung wie des Renommées der staatlich anerkannten privaten Hochschulen in Hamburg soll daher die befristete staatliche Anerkennung nochmals verlängert und mit der Auflage verknüpft werden, das Akkreditierungsverfahren der Hochschule insgesamt in angemessener Frist zu betreiben. Sobald die Euro-FH die institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat nachweist, wird der Senat über eine unbefristete Anerkennung entscheiden.

Die Studiengänge an der Euro-FH sind mittlerweile alle akkreditiert. Das Angebot umfasst neben den Bachelor-Studiengängen „Europäische Betriebswirtschaftslehre“ und „Wirtschaftsrecht“ den Master-Studiengang „Business Administration“ sowie seit August 2008 den Bachelor-Studiengang „Logistikmanagement“ an. Die Zahl der Studienanfänger an der Euro-FH im gerade begonnen Wintersemester ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte angestiegen. In einer Online-Umfrage von studi-VZ wurde die Euro-FH gerade als beste Fernhochschule Deutschlands bewertet.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: timo.friedrichs@bwf.hamburg.de

16. Dezember 2008/bwf16a

Eine Mitgliedschaft, die sich lohnt

Hamburg tritt Ländervereinbarung zur Förderung der Wissenschaftsakademien bei

Hamburg wird zum 1. Januar 2009 als achttes Bundesland der Ländervereinbarung beitreten, mit der sich die Sitzländer der deutschen Wissenschaftsakademien verpflichten, zu gleichen Teilen die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften zu fördern. Dies hat der Senat heute beschlossen und gleichzeitig die Behörde für Wissenschaft und Forschung ermächtigt, eine Beitrittserklärung abzugeben. Der Hamburger Anteil an der Finanzierung der Union wird in 2009 rund 45.000 Euro und in 2010 voraussichtlich 46.000 Euro betragen. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2009/2010 berücksichtigt. Durch den Beitritt Hamburgs zur Ländervereinbarung kann ein Projekt der Hamburger Akademie der Wissenschaften nun von der Förderung durch den Bund profitieren.

Ende Oktober 2008 hat die Union das Akademienprogramm für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen. In die Vorhabenliste ist auf Empfehlung der Wissenschaftlichen Kommission der Union auch das von der Hamburger Akademie der Wissenschaften angemeldete Vorhaben „LexGebärdensprache“ aufgenommen worden. Das Projekt zur Entwicklung eines elektronischen Wörterbuchs der Deutschen Gebärdensprache hat eine Laufzeit von 15 Jahren und wird in Kooperation mit der Universität Hamburg am Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser durchgeführt werden. Es hat ein Volumen von jährlich 570.000 Euro, davon tragen Hamburg und der Bund je die Hälfte.

Die Union ist die Vereinigung der acht deutschen Wissenschaftsakademien. Sie betreut die Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben, organisiert das von Bund und Ländern geförderte Akademienprogramm und ist für die Evaluierung der Vorhaben zuständig. Das Akademienprogramm dient der Förderung langfristig angelegter Grundlagenforschung der deutschen Akademien der Wissenschaften.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: timo.friedrichs@bwf.hamburg.de

16. Dezember 2008/bwf16b

Centrum für Angewandte Nanotechnologie erfolgreich evaluiert Senat beschließt Fortsetzung des zukunftsorientierten Projektes

Das Hamburger Centrum für Angewandte Nanotechnologie (CAN GmbH) hat seine dreijährige Aufbauphase erfolgreich abgeschlossen. Eine Evaluierung hat gezeigt, dass die CAN GmbH wesentlich dazu beigetragen hat, das in der Stadt vorhandene Grundlagenwissen auf dem besonders zukunftssträchtigen Feld der Nanotechnologie besser und schneller zu verwerten. Der Senat hat deshalb entschieden, das Projekt fortzusetzen. Für den Zeitraum 2009-2012 investiert die Stadt Hamburg insgesamt 4,4 Mio. Euro.

Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert: „Die zum jetzigen Zeitpunkt vorgezeigten Ergebnisse belegen eindrucksvoll, dass die CAN GmbH auf dem richtigen Weg ist. Der erste Meilenstein ist damit erfolgreich erfüllt. Mit der weiteren Unterstützung der CAN GmbH verfolgt der Senat das Ziel, Wachstum und Beschäftigung in Hamburg durch einen verbesserten Technologietransfer auf dem besonders zukunftssträchtigen Feld der Nanotechnologie zu sichern und einen überregionalen Wettbewerbsfaktor zu schaffen.“

Für die Evaluierung der CAN GmbH hat der Senat das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnologie IPT beauftragt. Zur Evaluierung wurde ein Workshop mit externen Experten in Hamburg durchgeführt. Die Experten haben der CAN GmbH eine äußerst positive und erfolgreiche Entwicklung bescheinigt. Der Senat hat sich der positiven Bewertung der Evaluatoren angeschlossen.

Ziel der nächsten Jahre ist es, Wissen und Innovationen auf dem Gebiet der Nanotechnologie in Kundennutzen weiter konsequent umzusetzen. Dazu sollen mehr Industrieaufträge abgeschlossen und alle Geschäftsfelder als ergebnisverantwortliche Einheiten profitabel in die wirtschaftliche Selbstständigkeit überführt werden. Eine zweite Evaluierung im Jahr 2011 soll zeigen, ob die CAN GmbH dann auch diese Ziele erreicht hat.

Das mit der Wirtschaft kofinanzierte Anwenderzentrum wurde am 17.11.2005 ein gegründet. Während der Aufbauphase wurden bei der CAN GmbH 19 neue Arbeitsplätze geschaffen. Erst vor kurzem wurde es als von der Initiative Deutschland – Land der Ideen als ein „Ort im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Es hat seinen Sitz in der Grindelallee in unmittelbarer Nähe zur Universität Hamburg.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: timo.friedrichs@bwf.hamburg.de

19. Dezember 2008/bwf19

Stadt baut Hafencity Universität selbst

Neubau erfolgt in Einzelgewerken. Finanzierung ist gesichert. Projektsteuerer übernimmt Baumanagement. Gold-Standard sichert Nachhaltigkeit.

Anfang 2006 wurde die Hafencity Universität Hamburg (HCU) gegründet. Die Universität, die derzeit auf vier Standorte in Hamburg verteilt ist, wird ein eigenes, architektonisch anspruchsvolles und energieeffizientes Universitätsgebäude erhalten. Nach der erfolgreichen Durchführung eines Architektenwettbewerbs 2007 und der Preisvergabe an die Dresdener Architekten von Code Unique, galt es noch über das Bauverfahren zu entscheiden.

Hamburgs Wissenschaftssenatorin hat nun entschieden, den Neubau für die HCU im konventionellen Verfahren und gewerkeweise zu realisieren. Der Neubau wird rund 66 Mio. Euro kosten. Mittel zur Finanzierung stehen im Haushalt bereit. Geplanter Baubeginn ist im dritten Quartal 2009. Ziel ist es, den Neubau bis Ende 2011 nahezu komplett fertig zu stellen und in 2012 Ausbau und Inbetriebnahme zu realisieren. Während der Semesterferien im Sommer 2012 sollen alle Studiengänge dann in das neue Universitätsgebäude umziehen, so dass der Vorlesungsbetrieb zum Wintersemester 2012 aufgenommen werden kann.

Mit dem Management des Neubauvorhabens hat die BWF Herrn Florian Eggert als Projektsteuerer beauftragt. Zusammen mit einem dreiköpfigen Team wird er die fachliche und zeitliche Koordinierung des Projektes sicherstellen. Herr Eggert und sein Team haben zuletzt das Projekt „Masterplan UKE“ erfolgreich bewältigt.

Im Sinne des Hamburger Klimaschutzprogramms wird der Neubau die Anforderungen an eine nachhaltige Architektur erfüllen. Der Entwurf der Architekten von Code Unique wurde konsequent weiterentwickelt und optimiert, so dass die gegenwärtig bestmögliche Energieeffizienz erreicht wird. Für das Konzept hat die Hafencity Hamburg GmbH heute das Umweltzeichen „Nachhaltigkeit am Bau“ in GOLD verliehen. Der HCU-Neubau wird damit das erste öffentliche Gebäude in der Hafencity werden, das diesen Standard erfüllt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Ich freue mich, dass wir jetzt den nächsten Schritt machen können, um der HafenCity Universität Hamburg eine eigene Heimat zu geben. Trotz vieler Unkenrufe kann ich nur betonen, dass die Stadt immer hinter dem HCU-Neubau gestanden hat. Die Mittel für den Bau waren seit der Entscheidung über die Gründung der HCU und zur Errichtung eines eigenen Universitätsgebäudes reserviert. Wir haben geprüft, ob eine Realisierung in Public Private Partnership (PPP) möglich ist. Es konnte jedoch kein akzeptabler privater Investor gefunden werden. Wir haben uns daher entschieden, selber zu bauen. Gerade im Angesicht der Konjunkturkrise tragen wir mit unserem Vorhaben dazu bei, dass die Unternehmen der Region davon profitieren können; so kann die Vergabe der Aufträge kleinteilig und damit mittelstandsfreundlich an regionale Unternehmen erfolgen. Vorbehaltlich der Zustimmung von Senat- und Bürgerschaft werden die Mittel entsprechend dem Baufortschritt zur Verfügung gestellt. Eine entsprechende Vorlage wird zurzeit von meiner Behörde vorbereitet.

Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung ist ein intensives und konsequentes Projektmanagement. Ich habe deshalb Florian Eggert und sein Team mit der Projektsteuerung beauftragt. Ich erhoffe mir dadurch die gleiche konsequente und erfolgreiche Umsetzung wie beim UKE-Masterplan. Damit Nachhaltigkeit nicht nur Theorie in der HCU bleibt, wird der Neubau höchste Anforderungen an eine nachhaltige Architektur erfüllen. Auf die Gold-Bewertung unseres Konzeptes durch die HafenCity Hamburg GmbH bin ich besonders stolz. Die HafenCity Universität ist eine wichtige Komplettierung für Hamburg als Wissensstandort. Mit der bisher geleisteten Arbeit ist die HCU auf einem guten Weg und ich bin sicher, dass die HCU die Hochschullandschaft in Hamburg nach dem Einzug in das neue Gebäude noch intensiver prägen wird.“

HCU-Präsident Steven Spier: „Mit der Realisierung des Neubaufvorhabens schafft der Hamburger Senat ein Musterbeispiel für nachhaltiges Bauen und Stadtentwicklung. Wir freuen uns darauf, dass mit der HCU die Schwerpunkte Metropolenentwicklung und Nachhaltigkeit künftig interdisziplinär unter einem gemeinsamen Dach bearbeitet werden können. Die HCU wird ein wichtiges Diskussionsforum für aktuelle stadtentwicklungspolitische Themen sein.“

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH: „Die HCU HafenCity Universität schafft neue Inspirationen für die HafenCity und für Hamburg, für die Öffentlichkeit ebenso wie für Unternehmen. Gleichzeitig bildet die HafenCity als Europas größtes innerstädtisches Stadtentwicklungsprojekt auch eine Inspiration für die Arbeit der Hochschule, ob es um die Frage der Architektur, der Ästhetik, der

Metropolenentwicklung oder Nachhaltigkeit geht. Wir können also von einer sich wechselseitig inspirierenden Symbiose sprechen, die große Erfolgchancen in sich trägt.“

Zum weiteren Verfahren ist geplant, den Neubau der HCU durch die Vergabe von Einzelgewerken bzw. Losen (z.B. für Erdarbeiten, Rohbau, Heizung, Lüftung, Sanitär) im offenen Vergabeverfahren durchzuführen. Dieses Verfahren ist dadurch gekennzeichnet, dass auf der Grundlage von Leistungsverzeichnissen eine Vielzahl von Bietern Angebote abgeben können. Der Zuschlag wird hierbei ohne weitere Verhandlung in der Regel an den günstigsten Bieter vergeben. Im Unterschied zum relativ kleinen Markt von PPP-Anbietern trifft die Einzelgewerksvergabe auf einen breiten Markt, so dass ausreichend Wettbewerb vorhanden ist.

Die HafenCity Universität Hamburg wurde zum 01.01.2006 mit der Intention gegründet, die baubezogenen Studiengänge verschiedener Hamburger Hochschulen zu vereinen. Ziel ist es, Exzellenz in den Bereichen Baukunst und Metropolenentwicklung zu erreichen.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de, www.bwf.hamburg.de

HafenCity Universität Hamburg, Caroline de Grahl,

Tel.: 040 42827-2725, E-Mail: caroline.grahl@hcu-hamburg.de, www.hcu-hamburg.de

HafenCity Hamburg GmbH, Susanne Bühler,

Tel.: 3747-2614, E-Mail: buehler@hafencity.com, www.hafencity.com

Terminkalender

Vom 30. Dezember 2008 bis 11. Januar 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Dienstag, den 30.12.2008

- 14:00** Börsenhaus, Kleine Johannisstraße 4
Senator Axel Gedaschko nimmt an der **Verabschiedung des Börsenjahres 2008 der Hanseatischen Wertpapierbörse** teil.
- 18:00** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12, Großer Saal
Bürgermeister Ole von Beust, Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Anja Hajduk, Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senator Axel Gedaschko, Senator Dietrich Wersich, Staatsrat Bernd Reinert, Staatsrat Christian Maaß, Staatsrat Dr. Michael Voges, Staatsrat Ulrich Vieluf und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen an der **Jahresschlussversammlung der Handwerkskammer** teil.

Mittwoch, den 31.12.2008

- 12:00** Handelskammer Hamburg
Bürgermeister Ole von Beust, Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Anja Hajduk, Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senator Axel Gedaschko, Senator Dietrich Wersich, Staatsrat Christian Maaß, Staatsrat Bernd Reinert, Staatsrat Ulrich Vieluf und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen an der **Versammlung des Ehrbaren Kaufmanns der Handelskammer Hamburg** teil.

Donnerstag, den 01.01.2009

- 10:40** Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust und Bürgermeisterin Christa Goetsch begrüßen zum **Neujahrsempfang Hamburger Bürgerinnen und Bürgern** und nehmen die **Neujahrswünsche** entgegen.
- 18:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt am **Neujahrskonzert der Hamburger Symphoniker** teil.

Sonntag, den 04.01.2009

- 15:00** Vorplatz U-Bahn Hamburger Straße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung des Louis-Braille Platzes**.

Dienstag, den 06.01.2009

- 12:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Dietrich Wersich verleiht im Rahmen der **Hamburger Allianz für Familien das Familiensiegel an die Handelskammer**.

19:30 Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14
Bürgermeisterin Christa Goetsch besucht den **Wandsbeker Stammtisch**
und hält einen Vortrag über die neue Schulreform.

Mittwoch, den 07.01.2009

11:00 Winterhuder Werkstätten, Richardstraße 60
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort anlässlich des **Empfangs zum 50 jährigen Bestehen der Winterhuder Werkstätten.**

13:30 Lauterbachstraße 7, 21073 Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus spricht ein Grußwort aus Anlass der **Einweihung des neuen Dienstgebäudes des Polizeikommissariats 46.**

18:00 Aula Schule Slomanstieg, Veddel
Staatsrat Christian Maaß referiert anlässlich des **Städtebauseminars 2009 zum Thema Hamburg im Klimawandel**

Donnerstag, den 08.01.2009

14:00 Stiftung Freundeskreis Ochsenzoll, Fuhlsbütteler Damm 83
Zur **Einweihung ambulant betreuter Wohngemeinschaften der Stiftung Freundeskreis Ochsenzoll** spricht Senator Dietrich Wersich ein Grußwort

18:00 Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht den „**Gesundheitspolitischen Jahresaufakt**“ der **Hamburgischen Krankenhausgesellschaft.**

18:00 Hotel Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Neujahrsempfanges des Blankeneser „Klönschnack“.**

Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senatorin Anja Hajduk, Senator Axel Gedaschko, Senator Christoph Ahlhaus, Senator Dietrich Wersich nehmen teil.

20:00 Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort zur **Verleihung des Mara-Cassens-Preis für den besten deutschsprachigen Debütroman des Jahres 2008.**

Sonntag, den 11.01.2009

13:00 Friedenskirche Altona, Am Brunnenhof/Otzenstraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich eines **Symposiums zu neuen Nutzungsmöglichkeiten für Kirchen.**